



Herrn  
Florian Müller MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

9 . Februar 2023  
Seite 1 von 5

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

im Namen von Herrn Ministerpräsident Wüst danke ich Ihnen herzlich für Ihre Teilnahme am Gespräch zu den Auswirkungen der Sperrung der Rahmedetalbrücke am 5. Dezember 2022 in Lüdenscheid. In diesem und weiteren Gesprächen sind an den Ministerpräsidenten von Bürgern, Politikern und Wirtschaftsvertretern Vorschläge zur Verbesserung der Situation vor Ort herangetragen worden. Herr Ministerpräsident Wüst hat mich gebeten, diese Vorschläge mit den Ressorts der Landesregierung auf deren Umsetzbarkeit zu prüfen. Heute kann ich Ihnen einen ersten Zwischenstand geben:

1) Verkehrssituation Lüdenscheid:

Aus Sicht der Landesregierung muss der LKW-Transitverkehr zur Entlastung der Anwohner großräumig über die Autobahnen umgeleitet werden. Da derzeit eine Sperrung der A45 für den LKW-Verkehr zwischen Westhofen und Olpe nach Auskunft des Bundes rechtlich nicht möglich ist, müssen aus Sicht des Landes alle Maßnahmen ergriffen werden, die dafür sorgen, dass mehr LKW-Fahrer die bestehende großräumige Umfahrung nutzen. Daher hat die Landesregierung bei der hierfür zuständigen Autobahn GmbH eine mehrsprachige Ausschilderung der weiträumigen Umfahrung erbeten, da offensichtlich viele Fahrzeugführer aus dem Ausland die Umleitungshinweise aufgrund fehlender Deutschkenntnisse nicht rechtzeitig zur Kenntnis nehmen.

Sollte die Stadt Lüdenscheid in eigener Zuständigkeit ein LKW-Fahrverbot auf der Umleitungsstrecke aussprechen, wird das Land zusätzliche Polizeikräfte zur Verfügung stellen, um ein solches

Fahrverbot durch vermehrte Kontrollen auch durchsetzen zu können. Auf unsere Bitte hat zudem das Bundesamt für Logistik und Mobilität zwischenzeitlich zugesagt, die wirksame Durchsetzung eines Durchfahrtsverbots für LKW durch erhöhte Kontrollpräsenz und flankierende Kontrollmaßnahmen zu unterstützen.

## 2) Reduzierung des Güterverkehrs aus und in die Region

Um auch den Güterverkehr aus und in die Region und damit die Zahl der LKW auf den Umleitungsstrecken zu reduzieren, wäre eine Erhöhung der Gleisanschlüsse in der Region wünschenswert. Das Verkehrsministerium Nordrhein-Westfalen steht mit den Kammern in Kontakt, um über die Realisierung und Finanzierung solcher Gleisanschlüsse mit Landesmitteln zu informieren.

Darüber hinaus hat das Verkehrsministerium Nordrhein-Westfalen Kontakt mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr aufgenommen und darum gebeten, die Preisstrukturen der DB Cargo für den Schienengütertransport in der von der Sperrung betroffenen Region zu überprüfen. Ziel muss es sein, dass eine Verkehrsverlagerung auf die Schiene für Unternehmen wirtschaftlich attraktiv wird.

## 3) Reduzierung des Pendlerverkehrs/Alternativen für Berufspendler

### a) RE 34:

Angesprochen wurde eine Angebotsausweitung des Schienenpersonenverkehrs zwischen Dortmund und Siegen, um Berufspendlern eine Alternative zur Umfahrung der gesperrten Brücke auf der Schiene anzubieten. Seit dem 11. Dezember 2022 ergänzt der RE 34 den IC 34 auf der Strecke Dortmund – Siegen, so dass mit Finanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen der bisherige Zwei-Stunden-Takt auf einen Stundentakt verbessert werden konnte. Damit wird die Schienenverbindung für Pendler deutlich attraktiver und zu einer Alternative für den Weg über die A45.

### b) Hub 45:

Das Wirtschaftsministerium hat am 19. Januar 2023 den Förderbescheid zur Schaffung eines Netzes dezentraler Arbeitsorte in Südwestfalen unter dem Titel „Hub45“ überreicht. Das Projekt soll einen Beitrag leisten, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht dauerhaft im

Home-Office arbeiten können oder wollen, in Nähe ihres Wohnortes Co-Working-Spaces aufsuchen können, um Fahrten über die Umleitungsstrecken zu den Arbeitsstätten zu verhindern. Über 100 Unternehmen haben sich in die Projektentwicklung eingebracht.

c) Berufskollegs:

Angesprochen wurde auch die Situation der Auszubildenden, die aus Südwestfalen über die A45 zu Berufskollegs nach Dortmund oder Hagen pendeln müssen. Das Schulministerium steht in engem Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kammern, um gemeinsam Lösungsansätze zu finden, damit weniger Auszubildende in den nächsten Jahren den Weg zu den Berufskollegs im östlichen Ruhrgebiet auf sich nehmen müssen.

Dazu gehört beispielsweise die gemeinsame Beschulung von kleinen Lerngruppen in denselben Fachbereichen, um Lerngruppen vor Ort zu ermöglichen. Auch können Berufskollegs bei der Beschulung miteinander kooperieren und Mindestschülerzahlen können befristet unterschritten werden, damit Schulen vor Ort flexibel reagieren können.

Blockunterricht, Blockphasen sowie die Unterstützung von Auszubildenden und Betrieben durch das Land bei der Übernahme von Kosten für die auswärtige Unterbringung sind weitere Bausteine, um Fahrten von Auszubildenden zu vermeiden.

Schließlich wollen wir gerade in der Region die Chancen der Digitalisierung noch besser nutzen, um modernes Lernen vor Ort zu ermöglichen. Gerade in der aktuell besonders schwierigen Lage in Südwestfalen wollen wir dafür sorgen, dass Auszubildende Fahrten zu den Berufskollegs nach Dortmund oder Hagen, wann immer möglich, erst gar nicht antreten müssen. Das ist gut für die Auszubildenden und das wird die Anwohnerinnen und Anwohner entlasten.

4) Unterstützung von lokalen Hospiz- und Pflegediensten

Die Hinweise der Lebenshilfe Lüdenscheid – Märkischer Kreis e. V. zur Fachkräftesituation und den Belastungen durch zusätzliche Kosten in der Eingliederungshilfe habe ich aufgegriffen und an den

Landschaftsverband Westfalen-Lippe adressiert. Dieser teilte mir dazu mit, dass man sich hierzu aktuell mit der Lebenshilfe im Austausch befinde.

Zu den Vorschlägen der Entwicklung einer App für die regionale Tagespflege und zum Aufbau eines Quartierpflegedienstes hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Kontakt mit der Tagespflege „Tag in Gemeinschaft GmbH“, bzw. mit dem Hospizdienst „Die Arche Lüdenscheid e.V.“ aufgenommen und weitere Informationen eingeholt, um schnellstmöglich eine Prüfung vornehmen zu können. Außerdem wird das Ressort sehr kurzfristig an die Kranken- und Pflegekassen herantreten, die für die Vergütungsvereinbarungen mit den Pflegediensten verantwortlich sind und mit diesen die Situation der Pflegeinfrastruktur vor Ort besprechen.

5) Weiterer Standort für Feuerwehr- und Rettungsdienste

Durch die aktuelle Verkehrssituation in Lüdenscheid ist die Einrichtung eines zusätzlichen Feuerwehrstandortes in Lüdenscheid -Nord notwendig geworden. Die Stadt Lüdenscheid befindet sich in guten Gesprächen mit dem Kommunalministerium. Ein entsprechender Förderantrag liegt mittlerweile vor und ist in Bearbeitung. Ich bin zuversichtlich, dass wir hier zügig mit einer Sonderbedarfszuweisung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz bei der Finanzierung helfen können.

6) Hilfen für die Wirtschaft

a) NRW.BANK Universalkredit A45:

Die Landesregierung hat ein neues Kreditangebot, den „NRW.BANK.Universalkredit A 45“, geschaffen. Kleine und mittelständische Unternehmen können mit dem Universalkredit ein Darlehen zu vergünstigten Konditionen erhalten. Ein Tilgungsnachlass von bis zu 100.000 EUR pro Unternehmen ist möglich.

Das Verfahren steht über die Hausbanken zur Verfügung. Die Landesregierung stellt für die Tilgungsnachlässe 10 Mio. EUR an Zuschüssen bereit. Derzeit gibt es bereits 14 Zusagen über 5,9 Mio. EUR. Ablehnungen hat es bisher nicht gegeben.

b) Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm NRW (RWP)

Seite 5 von 5

Weiterhin wurde das Regionale Wirtschaftsförderungsprogramm NRW (RWP), mit Blick auf die Gebietskulisse erweitert. Neu in der Gebietskulisse des RWP sind der Hochsauerlandkreis, der Oberbergische, der Märkische und der Ennepe-Ruhr-Kreis. Aus dem Hochsauerlandkreis und dem Märkischen Kreis liegen insgesamt 22 Anträge mit einem geplanten Zuschussvolumen von 4.424.898,00 EUR vor. Davon sind 11 Anträge bereits bewilligt (Zusagevolumen €1.793.898,00 EUR).

Die Landesregierung wird auch weiterhin gemeinsam mit den Akteuren vor Ort daran arbeiten, die Situation von Anwohnern und Unternehmern bis zum Neubau der Brücke zu verbessern. Überdies werden wir nicht nachlassen, bei der für den Neubau zuständigen Bundesregierung für eine schnelle Realisierung einzutreten.

Sobald maßgeblich neue Sachstände zu den o.g. Projekten vorliegen, melde ich mich erneut bei Ihnen. Selbstverständlich stehe ich Ihnen auch darüber hinaus jederzeit für Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Auch im Namen von Ministerpräsident Wüst danke ich noch einmal herzlich für die Organisation des Austauschs am 5. Dezember 2022. Ich bitte Sie, meinen Brief an die Teilnehmer der Veranstaltung weiterzuleiten. Herrn Bürgermeister Wagemeyer und Herrn Dudas MdL habe ich unmittelbar angeschrieben.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Bernd Schulte